

# in der Schweiz»

der wohl mächtigste Beamte der Schweiz.



nicht gut gelaufen ist: Bundeskanzler Walter Thurnherr. Foto: Adrian Moser

Welle war die Zustimmung aus der Bevölkerung sehr gross. Aber alle im Bundesrat wussten, dass sich das ändern würde. Das war denn auch so in der zweiten Welle. Die Öffnungsschritte kamen zu früh. Zudem war es dem Bundesrat bewusst, dass die Kommunikation in der Krise entscheidend ist. Deshalb auch die grosse Präsenz.

**Obwohl die Schweiz einen vergleichsweise moderaten Corona-Kurs fuhr, nahmen die Anfeindungen gegen den Bundesrat stark zu.**

Die Debatte in den sozialen Medien war heftig. Vor zwanzig Jahren hätten Unzufriedene auf der Strasse ausgerufen, und der eine oder andere hätte dem Bundesrat einen wütenden Brief geschrieben. Heute schaukelt sich das virtuell hoch und radikalisiert sich. Aber klar, es ist eine Krise, die Einschränkungen und deren Auswirkungen waren gross. Das bedeutet zum Teil grosse Unzufriedenheit, Unverständnis und Verzweiflung. Das war auch für den Bundesrat stets eine Belastung. Keiner trifft gerne solche Entscheidungen.

**Ein Teil der Bevölkerung tut sich nach wie vor schwer damit, dass der Bundesrat derart in unser Privatleben eingegriffen hat. Wir stimmen deshalb noch ein zweites Mal über das Covid-Gesetz ab.**

Ja, und ich finde das gut so. Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn es diese Möglichkeit nicht gäbe: Die Gegner des Gesetzes würden immer hässlicher und aggressiver. Es war von Anfang an klar: Wenn man nicht einverstanden ist, kann man das Referendum ergreifen. Oder eine Initiative lancieren. Genau dafür haben wir die direktdemokratischen Instrumente eingeführt. Die echten Freunde der Verfassung akzeptieren dann auch das Resultat der Volksabstimmung.

**Je mehr wir abstimmen, desto grösser ist aber auch das Spaltpotenzial.**

Die Zahl der Abstimmungen macht mir weniger Sorgen als die Art und Weise, wie Differenzen ausgetragen werden, die zu einem Urnengang führen. Da hat sich einiges verändert. Es gibt immer mehr unversöhnliche Fronten in der Schweiz. Es ist in den letzten Jahren ein Graben entstanden entlang der A1, von Genf bis nach Rorschach, zwischen den grösseren Städten und dem Hinterland, das sich immer mehr vernachlässigt fühlt. Und es besteht ein unterschätzter Graben zwischen den Sprachregionen – wir leben nebeneinander im selben Land, ohne miteinander zu sprechen, wir verstehen uns ja auch kaum mehr.

**Wie beurteilen Sie den Graben, der sich wegen der Covid-Massnahmen geöffnet hat?**

Der Graben war wahrscheinlich schon vorher da, nur weniger sichtbar. Einige Menschen sind darüber hinaus bereit, Dinge zu glauben, die jenseits von Gut und Böse sind. In meinem Wohnort habe ich an einem Stalltor ein Plakat gesehen, auf dem der 5G-

Technologie die Schuld für die Corona-Krise gegeben wird. Ich finde das unglaublich.

**Warum stossen Verschwörungstheorien heute auf derart fruchtbaren Boden?**

Ich denke, weil die Zusammenhänge, die uns betreffen, kompliziert geworden sind. Man versteht sie nicht, oder man fühlt sich nicht verstanden. Manche Leute machen jemanden dafür verantwortlich oder schliessen sich im Netz anderen an, die jemanden dafür hassen. Und wieder andere nutzen das aus. Der Historiker Herbert Lüthy hat einmal gesagt: Kollektiver Hass ist kein spontanes Phänomen, er ist ein Fabrikat. Er wird bewusst geschürt – von Technikern, die wissen, wie man mit der Unzufriedenheit von anderen umgehen

**«Wer hierzulande unzufrieden ist, muss keine Bomben basteln.»**

kann. Dagegen gewappnet zu sein, hat auch mit Bildung zu tun.

**Kollektiver Hass sei ein Fabrikat, sagen Sie. Die SVP schimpfte Anfang Jahr, der Bundesrat habe eine Diktatur errichtet. Zeitgleich nahmen die Drohungen von Privatpersonen gegen den Bundesrat zu. War das Kalkül?**

Das weiss ich nicht. Aber «words matter» – das gilt nicht nur in den USA, sondern auch in unseren Breitengraden. Selbst hierzulande kann man Dinge sagen und zu Taten anstiften, ohne das so auszusprechen. Ob nun von der SVP oder von anderer Seite. In einer direkten Demokratie hat man zum Glück andere Ventile: Man kann Unterschriften sammeln gehen, statt zu glauben, man müsse das Bundeshaus stürmen. Allerdings sollten wir Sorge tragen, dass die Debattenkultur erhalten bleibt. Es geht in der direkten Demokratie nicht nur um die Ermittlung der Mehrheit mittels Volksentscheid, sondern auch um den Umgang miteinander zwischen diesen Entscheiden. Das haben noch nicht alle begriffen.

**Die Debattenkultur hat in der Pandemie gelitten. Tausende gingen auf die Strasse, die politischen Lager haben sich angefeindet. Ist da etwas nachhaltig kaputtgegangen?**

Nein, das glaube ich nicht. Einzelne Entscheide zur Pandemiebekämpfung hatten dramatische Auswirkungen auf ganze Branchen. Viele Menschen waren verzweifelt und wollten möglichst schnell wieder Öffnungen. Andere machten sich massiv Sorgen, dass sich das Virus stärker ausbreitet, und waren deshalb für weitere Schliessungen. Dass damit eine Gereiztheit entsteht, auch in

der Debatte, ist nicht sonderlich erstaunlich. Ich gehe aber davon aus, dass sich das wieder legt.

**Wie verhindern wir denn Entgleisungen in Krisensituationen?**

Damit eine direkte Demokratie funktionieren kann, müssen eben gewisse Grundregeln gelten, die man nicht verordnen kann. Respekt gegenüber anderen Meinungen zum Beispiel, Rücksicht der Mehrheit gegenüber den Minderheiten oder eine bestimmte Faktentreue, also ein Sockel von Tatsachen, die unumstritten sind und die man nicht immer wieder neu aushandeln muss. Hier spielen auch das Elternhaus und die Medien eine Rolle.

**Trotzdem: Diese Entgleisungen haben handfeste Konsequenzen. Der Bundesrat benötigt intensiveren Personenschutz. Sind die Zeiten vorbei, in denen Regierungsmitglieder allein Zug fahren?**

Die Lage ist nicht nachhaltig bedrohlich. Manchmal reicht eine Drohung oder eine Meldung, um das Sicherheitsdispositiv hochfahren zu müssen. Aber es gibt auch sehr viele Menschen, die keine Drohbriefe, sondern Geschenke nach Bern schicken – Schokolade oder Wollsocken, um sich für die Arbeit der Regierung zu bedanken. Das Vertrauen in den Bundesrat hat gemäss Umfragen in letzter Zeit nicht abgenommen. Wer hierzulande unzufrieden ist, muss keine Bomben basteln. Er kann eine Initiative lancieren und die Verfassung ändern.

**Machen Sie es sich da nicht etwas einfach? Die Hürden für ein Referendum oder eine Initiative sind so tief, dass wir regelmässig über sehr ähnliche Anliegen abstimmen. Das birgt auch Frustration.**

Ich glaube, das reguliert sich von selber. Würde man die Zahl der notwendigen Unterschriften erhöhen, sähe es so aus, als würde man die demokratische Auseinandersetzung scheuen. Ich finde, es ist kein Problem, wenn zweimal über das Covid-Gesetz oder über die Kampfflugzeuge abgestimmt wird. Wir haben immer davon profitiert, dass wir eine Kultur des Abstimmens geschaffen haben. Einmal verliert man, einmal gewinnt man. Die Schweiz hält das aus. Oder besser gesagt: Genau das macht die Schweiz aus!

**Und jetzt? Gespräche über Corona**

Die dritte Covid-19-Welle ist überstanden, die nächste baut sich sanft am Horizont auf. Und doch sind wir an einem ganz anderen Punkt dieser Pandemie: Wir haben genügend Impfstoff, die Lockerungen gehen weit, die Konfliktlinien verlaufen ganz anders als noch vor einem Jahr. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um zu fragen: Was hat uns die Pandemie gelehrt? Was können wir daraus mitnehmen? Welche Fehler dürfen wir unter keinen Umständen wiederholen? Darüber führen wir Gespräche mit Menschen aus ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen. (red)